



Antragsunterlagen
zum Planfeststellungsverfahren

Neubau der Verdichterstation Reckrod 2

Teil E – Unterlage 18 (Ergänzung)

Forstrechtliche Würdigung

Vorhabenträgerin



GASCADE Gastransport GmbH

Kölnische Straße 108 - 112

34119 Kassel

Ansprechpartner

Marco Breiding

Tel. 0561/ 9341367

marco.breiding@gascade.de

Bearbeitung



Ingenieur- und Planungsbüro Lange GbR

Carl-Peschken-Straße 12

47441 Moers

Ansprechpartner

Jörg Piotrowski

Tel. 02841/ 790590

joerg.piotrowski@langegbr.de

Simon Behrendt

Tel. 02841/ 790533

simon.behrendt@langegbr.de

Teil E - Unterlage 18: Forstrechtliche Würdigung

Stand: 25.07.2022



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	8
1.1	Begründung des Vorhabens	8
1.2	Rechtliche Grundlagen	8
1.2.1	Bundeswaldgesetz	9
1.2.2	Landeswaldgesetz Hessen	9
2	Lage des Vorhabens.....	10
3	Beschreibung der Waldinanspruchnahme.....	11
4	Beschreibung der direkt betroffenen Waldflächen.....	12
5	Waldschutz.....	13
6	Erholungsfunktion.....	14
7	Ersatzaufforstung	15
7.1	Forstrechtlicher Ausgleich	15
7.2	Aufforstungsantrag für Ersatzaufforstung	15
8	Quellenverzeichnis	16
8.1	Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Regelwerke	16
8.2	Allgemeine Literatur und Quellen	16

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Dauerhafte Waldinanspruchnahme im Bereich des Vorhabens	11
Tabelle 2:	Forstrechtlicher Ausgleich.....	15

Anhang

Anhang 1 Antrag auf Genehmigung der Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

Plananlagen

1.1 Übersichtskarte Waldinanspruchnahme	M 1:20.000
1.2 Lageplan Rodungsfläche	M 1:2.000
2.1 Übersichtskarte Erstaufforstungsfläche	M 1:10.000
2.2 Lageplan zum Erstaufforstungsantrag	M 1:2.000

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abb.	Abbildung
BWaldG	Bundeswaldgesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
etc.	et cetera
gem.	gemäß
HWaldG	Hessisches Waldgesetz
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
MIDAL	Mitte-Deutschland-Anbindungs-Leitung
MW	Megawatt
PFV	Planfeststellungsverfahren
STEGAL	Sachsen-Thüringen-Erdgas-Leitung
u. a.	unter anderem
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz
vgl.	vergleiche
VS	Verdichterstation
z. B.	zum Beispiel

1 Einleitung

Gegenstand dieser forstrechtlichen Würdigung ist die Stationsfläche der geplanten Verdichterstation Reckrod 2 im Regierungsbezirk Kassel des Bundeslandes Hessen. Die vorliegende Unterlage betrachtet die Beurteilung forsthoheitlicher Belange der geplanten Verdichterstation im Landkreis Fulda.

Die forstrechtliche Würdigung wurde auf Grundlage des *Merkblatts zur Erstellung der forstrechtlichen Unterlage bei Verfahren zur Waldumwandlung und Waldneuanlage* vom Regierungspräsidium Kassel (Stand Juni 2022) erstellt.

1.1 Begründung des Vorhabens

Die GASCADE Gastransport GmbH (im Folgenden: GASCADE) plant unmittelbar südlich des Standorts der bestehenden Verdichterstation Reckrod (im Folgenden: VS Reckrod) den Neubau und Betrieb der Verdichterstation Reckrod 2 (im Folgenden: VS Reckrod 2). Hierfür sind Änderungen an den GASCADE-Ferngasbestandsleitungen durch die Errichtung von Anschlussleitungen zur Anbindung der neuen Verdichterstation notwendig.

Der Bau und Betrieb der neuen Verdichterstation dient der Erhöhung der Transportkapazitäten an Erdgas in Richtung Baden-Württemberg (Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030, ID 629-01). Mit der geplanten Errichtung von vier Elektro-Verdichtereinheiten mit einer Gesamtantriebsleistung von ca. 64 MW werden auch die derzeit bestehenden Transportkapazitäten für die Zukunft abgesichert, welche derzeit durch die Gasturbinen-Verdichtereinheiten auf der Bestandsanlage VS Reckrod bereitgestellt werden.

Neben der Errichtung und dem Betrieb der VS Reckrod 2 samt zugehöriger Nebeneinrichtungen sind auch die notwendig werdenden Änderungen an den bestehenden Ferngasleitungen MIDAL Mitte (DN 1000), MIDAL Süd (DN 800), MIDAL-Süd Loop (DN 1000) und STEGAL (DN 800) Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Hierzu sind in die westlich der Mengerser Straße (K 153) verlaufenden Bestandsleitungen jeweils T-Stücke einzusetzen, um über kurze Anschlussleitungen die geplante VS Reckrod 2 in das GASCADE-Ferngasleitungsnetz einzubinden.

Die Unterlage 1 (Erläuterungsbericht) enthält neben der allgemeinen Projektbeschreibung detaillierte Angaben zur Begründung des Vorhabens.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Da aufgrund des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) eine UVP-Pflicht für das Vorhaben besteht, ist nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens (PFV) zwingend erforderlich. Die forstrechtliche Würdigung ist Bestandteil des Antrags auf Planfeststellung und beinhaltet die entsprechenden forsthoheitlichen Belange oder verweist auf die entsprechende relevante Antragsunterlage.

Die Grundlagen für die forstrechtlichen Verpflichtungen bei Waldinanspruchnahmen sind zum einen das Bundeswaldgesetz (BWaldG vom 2. Mai 1975, zuletzt geändert am 10. August 2021) sowie das Hessische Waldgesetz (HWaldG vom 27. Juni 2013, zuletzt geändert am 22. Februar 2022). Diese Verpflichtungen werden im folgenden Abschnitt kurz vorgestellt.

1.2.1 Bundeswaldgesetz

Gemäß § 9 Abs. 1 des BWaldG darf Wald „[...] nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung).[...]“. Gemäß § 9 Abs. 2 des BWaldG kann „Eine Umwandlung von Wald [...] auch für einen bestimmten Zeitraum genehmigt werden; durch Auflagen ist dabei sicherzustellen, daß [sic!] das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird.“.

1.2.2 Landeswaldgesetz Hessen

Die forstrechtlichen Regelungen des BWaldG geben den Rahmenvor und sollen von den Ländern konkretisiert werden, § 5 BWaldG. In Hessen ist diese Grundlage das Hessische Waldgesetz (HWaldG).

Gemäß § 2 HWaldG sind „Wald im Sinne dieses Gesetzes [...] die in § 2 Abs. 1 des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BBG I S. 1037), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1050), genannten Flächen [...]“. Hierzu gehören laut § 2 Abs. 1 BWaldG „jede mit Forstpflanzen bestockte Grundfläche. [...] (K)ahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäusungsplätze, Holzlagerplätze sowie weitere mit dem Wald verbundene und ihm dienende Flächen.“

Bezogen auf das geplante Vorhaben ist somit für die dauerhaft von Waldbeständen freizuhaltende Stationsfläche der VS Reckrod 2 (vgl. Kap. 3) eine Waldumwandlung notwendig, da diese Fläche zukünftig nicht mehr Wald im Sinne des Gesetzes ist. Diese Waldumwandlung wird mit den vorliegenden Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren auf Grundlage des § 12 Hessisches Waldgesetz beantragt.

Gleichzeitig wird für die geplante Ersatzaufforstung (vgl. Kap. 5) die Genehmigung zur Waldneuanlage gem. § 14 Hessisches Waldgesetz beantragt.

2 Lage des Vorhabens

Der Standort des Vorhabens VS Reckrod 2 befindet sich vollständig in der Naturräumlichen Haupteinheit D47 „Osthessisches Bergland, Vogelsberg und Rhön“ innerhalb der Marktgemeinde Eiterfeld im Norden des Landkreises Fulda im Bundesland Hessen. Die zu rodenden Waldflächen liegen innerhalb der Stationsfläche der geplanten Verdichterstation. Die VS Reckrod 2 grenzt unmittelbar an die nördlich gelegene Bestandsanlage VS Reckrod an.

Die durch das Vorhaben unmittelbar beanspruchten Bereiche sind dabei überwiegend Ackerflächen. Wald ist nur mit einem geringen Flächenanteil im nordöstlichen Bereich der geplanten Anlage betroffen. Es herrscht hier ein Pionierwald mit einem Alter von 15-25 Jahren vor.

3 Beschreibung der Waldinanspruchnahme

Im Rahmen des bündelnden Planfeststellungsverfahrens werden zur forstrechtlichen Würdigung des Vorhabens – ein separates Verfahren auf Grundlage des Hessischen Waldgesetzes entfällt – die eingriffsbedingten Waldinanspruchnahmen zusammenfassend aufbereitet. Hierdurch soll eine forstrechtliche Beurteilung des Vorhabens hinsichtlich von Waldeingriffsflächen und notwendiger Ersatzmaßnahmen unmittelbar ermöglicht werden.

Bei der forstrechtlichen Aufbereitung sind für alle Bereiche, in denen Waldflächen beansprucht werden, die betroffenen Flächen in einer Übersichtskarte im Maßstab 1:20.000 sowie einer Bestandskarte im Maßstab 1:2.000 dargestellt. Bei den betroffenen Waldbereichen wird im Bestandsplan jeweils die betroffene Gemarkung genannt und die Flächengröße der beanspruchten Waldfläche quantifiziert.

Für das Vorhaben ergibt sich durch die angrenzende Lage der geplanten VS Reckrod 2 an das bestehende Gelände der nördlich gelegenen VS Reckrod eine dauerhafte Inanspruchnahme von Wald. Die zukünftige Stationsfläche beansprucht hier den südlichen Randbereich eines Haldenstandortes mit Sukzessionsgehölzen und Waldsäumen östlich der VS Reckrod. Diese Inanspruchnahme der Waldflächen ist mit der Rodung von 2.195 m² (ca. 2,2 ha) Wald zum Zweck der Umwandlung in eine andere Nutzungsart verbunden.

Die dauerhaft beanspruchten Waldflächen werden in der folgenden Tabelle hinsichtlich ihrer katastermäßigen Lage und Flächengröße benannt.

Tabelle 1: Dauerhafte Waldinanspruchnahme im Bereich des Vorhabens

Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstücks-Nr.	Größe des Flurstücks (ALKIS) (m ²)	Hiervon dauerhafte Waldinanspruchnahme (m ²)
Eiterfeld	Wölf	8	51/6	86.162	2.195

4 Beschreibung der direkt betroffenen Waldflächen

Die Bestandseinheiten sind in Form von Waldbiotoptypen im Landschaftspflegerischen Begleitplan entsprechend der Vorgaben zur Biotoperfassung aus der Kompensationsverordnung erfasst (vgl. Unterlage 11 - LBP).

Insgesamt ist die Pionierwaldfläche auf der Halde geprägt durch Pappel, Weide, Ahorn, Eberesche, Eiche, (Trauben-) Kirsche und Birke. In den Randbereichen finden sich Rose, Holunder, Schlehe, Stechpalme, Ginster, Traubenkirsche, Kornelkirsche, Weißdorn, Hartriegel, Felsenbirne und Feldahorn. Der Bestockungsgrad der Bestandsfläche entspricht einem Wert von 0,7.

5 **Waldschutz**

Durch den Gehölzeinschlag bzw. die unbefristete Waldumwandlung kommt es zu neu geschaffenen Waldaußenrändern und einer Veränderung der unmittelbaren Umgebung für die verbliebenen Waldbestände. Dadurch können sogenannte Randschäden entstehen. Solche zukünftigen Randschäden sind beispielsweise Windwurf, Sonnenbrand oder randliche Aushagerungen. Ursächlich für diese Randschäden sind kleinklimatische Veränderungen.

Windwurfgefährdung

Für durch Einhiebsmaßnahmen neu frei gestellte Waldränder erhöht sich die Sturmwurfgefährdung, da die neu geschaffenen Randbäume in ihrem bisherigen Wuchsverhalten nicht an diese Situation angepasst sind. „Gewachsene“ Randbäume sind aufgrund ihres randlichen Standortes relativ abholzig (= der Baum ist weniger hoch und im erdnahen Stammstück besonders durchmesserstark) und tief beastet. Diese Bäume sind dadurch besonders standsicher. Für plötzlich freigestellten Randbäume gilt dies nicht. Die Sturmwurfgefährdung ist für neu freigestellte Waldränder, die gegen die Hauptwindrichtung West freigestellt wurden, am größten.

Die betroffene Waldfläche, östlich der bestehenden VS Reckrod gelegen, entspricht laut Bio- toptypenkartierung von 2021 einer Pionierwaldfläche mit waldbegleitenden Innensäumen. Derartige Bestände sind aufgrund ihres Alters von 15-25 Jahren als sogenanntes Stangenholz wenig stark entwickelt und generell gering Windwurfgefährdet.

Bei dem vorliegenden Vorhaben ist daher eine zusätzliche Windwurfgefährdung für den freigestellten Waldbereich nicht oder nur in geringem Maße gegeben.

Sonnenbrand

Nach einer plötzlichen Freistellung sind Bäume einem geänderten Lichtklima und einer deutlich höheren direkten Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Dann treten vor allem bei dünnrindigen Baumarten, insbesondere bei der Buche, Rindenschäden durch Sonnenbrand auf. Hierbei vertrocknen Teile der Baumrinde. Die Rinde reißt oder platzt auf und das Kambium des Baumes liegt ungeschützt frei. Die weiteren Folgen für den Baum sind dann oft Pilzbefall oder andere Sekundärschädigungen.

Im Rahmen des Vorhabens erfolgen nur im südlichen Randbereich der Pionierwaldfläche Hiebmaßnahmen für die Stationsfläche oder schmale Saumhiebe im randlichen Bereich der waldbegleitenden Innensäume.

Hier sind die sich durch notwendige Rodungen ergebenden lichtklimatischen Veränderungen für die verbleibenden Bäume in ihren Auswirkungen begrenzt. Dies gilt auch für die direkte Sonneneinstrahlung. Daher ist die Gefahr von Sonnenbrandschäden an freigestellten Bäumen zwar als grundsätzlich möglich einzuschätzen, aber als nicht erheblich zu beurteilen.

6 Erholungsfunktion

Der mit einem Vorhaben verbundene dauerhafte Waldeingriff kann im Gegensatz zu Rodungen mit einer vorübergehenden Nutzungsänderungen größeren Einfluss auf die Erholungsfunktion eines Waldgebietes haben.

Die durch den Bau der Stationsfläche betroffene Waldfläche zeichnet sich durch seine Besonderheit als Haldenstandort und die unmittelbar angrenzende Lage an die bestehende VS Reckrod aus. Sowohl die Verdichterstation als auch der nahegelegene Erdgas-Kavernenspeicher Reckrod im Osten prägen durch die dazugehörigen technischen Anlagen schon jetzt die Landschaft.

Die Funktion der betroffenen Waldflächen für die Erholungseignung wird daher als gering bewertet und somit auch nicht erheblich durch den geplanten Neubau der Verdichterstation Reckrod 2 beeinträchtigt.

7 Ersatzaufforstung

Der durch die Stationsfläche dauerhaft beanspruchte Bereich, für den eine unbefristete Waldumwandlung beantragt wird, ist durch eine mindestens flächengleiche Ersatzaufforstung an anderer Stelle zu ersetzen. Das Regierungspräsidium Kassel (RPKS) wird bei Verwendung standortheimischer Laubbaumarten gem. Abstimmung mit den Forstbehörden einen Umwandlungsfaktor von 1:1 festlegen. Die Größe der Ersatzaufforstungsfläche beträgt damit 2.195 m².

In Abstimmung mit HessenForst ist als geeignete Fläche für die Aufforstung ein Flurstück in der Gemeinde Kirchheim im Landkreis Hersfeld-Rotenburg unmittelbar an den Bestandswald angrenzend vorgesehen. (vgl. Plananlage 2.1)

7.1 Forstrechtlicher Ausgleich

Als forstrechtlicher Ausgleich gilt die Ersatzaufforstung einer bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche. In der folgenden tabellarischen Übersicht ist das Flurstück für die Erstaufforstung hinsichtlich seiner Lage und Flächengröße zusammengestellt.

Tabelle 2: Forstrechtlicher Ausgleich

Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstücks-Nr.	Größe des Flurstücks (ALKIS) (m ²)	Betroffene Teilfläche (m ²)
Kirchheim	Reckerode	15	48/0	4.108,85	4.108,85

Die Aufforstungsfläche in Reckerode hat eine Gesamtgröße von 4.108,85 m². Der Aufforstungsbedarf für den Waldeingriff durch die Stationsfläche der VS Reckrod 2 beträgt 2.195 m². Da eine sinnvolle Teilung des Flurstücks laut Forstamt nicht möglich ist, kann die forstrechtliche Überkompensation in einer Größenordnung von 1.913,85 m² für ein künftiges Projekt genutzt werden. (vgl. Plananlage 2.2))

7.2 Aufforstungsantrag für Ersatzaufforstung

Für die Fläche in Reckerode liegt bisher keine Erstaufforstungsgenehmigung vor. Mit den vorliegenden Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren wird diese hiermit beantragt (siehe Anhang 1).

8 Quellenverzeichnis

8.1 Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Regelwerke

Bundeswaldgesetz (BWaldG) Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), zuletzt geändert durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436)

Hessisches Waldgesetz (HWaldG) in der Fassung vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Februar 2022 (GVBl. S. 126)

8.2 Allgemeine Literatur und Quellen

HESSEN FORST (2021): Hessische Waldbaufibel – Grundsätze und Leitlinien zur naturnahen Wirtschaftsweise im hessischen Staatswald. Kassel

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KASSEL (2022): Merkblatt zur Erstellung der forstrechtlichen Unterlage bei Verfahren zur Waldumwandlung und Waldneuanlage